



Auch Thiem top

Der Sponsorenmarkt boomt, Tennisspieler Thiem folgt Ski-Rentner Hirscher. Seite 24 Foto: gepa



Applaus für die Klettersportler in Innsbruck: LH Günther Platter, Tirols Wirtschaftskammerchef Christoph Walsper, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Weltmeister Jakob Schubert, Ministerin Margarete Schramböck und Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer (v. l.) wollen auch mit der Lehre in die Höhe klettern. Foto: Rachtel

Caymans sind die größte Steueroase

Nach dem Brexit landen die britischen Cayman Inseln auf der Steueroasen-Liste. Österreich im Schattenfinanzindex auf Rang 36.

Wien – Laut der Rangliste der Tax Justice Networks und der globalisierungskritischen NGO Attac haben die Cayman Islands und die USA besonders intransparente Finanzsysteme und locken so Steuerbetrüger an. Die beiden Länder haben damit erstmals die Schweiz vom ersten Platz verdrängt, die auf Rang 3 liegt. Österreich verbesserte sich zwar immerhin um einen Platz von Rang 35 auf 36, liegt aber damit bei 133 untersuchten Ländern immer noch im intransparentesten Drittel aller erhobenen Länder.

Der Schattenfinanzindex wird alle zwei Jahre erstellt und setzt sich aus dem Geheimhaltungswert eines Landes sowie der Größe des Finanzplatzes zusammen. Österreich gilt dabei als kleiner Finanzplatz. Die Miteinbeziehung der Größe des Finanzplatzes sei wichtig, da dies ein „besseres Bild vom Anteil am Problem der illegitimen und anonymen Finanzströme“ biete, hieß es in der Analyse. Der Index setzt sich aus den Bereichen „Registrierung von Eigentum“, „Transparenz von Unternehmensinformation“, „Steuersystem und -verwaltung“ sowie „Internationale Standards und Zusammenarbeit“ zusammen.

Herausgegeben wird das Ranking in Österreich von Attac und dem Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC). Sie orten die größten Mängel für Österreich bei der Transparenz von Eigentum und Unternehmen. Zwar seien Firmen- und Grundbuch öffentlich, aber nicht gratis, und auch Auskünfte über Eigentümer von Unternehmen, Stiftungen und bestimmten Treuhandschaften bekomme man nicht kostenlos – dadurch werde der öffentliche Zugang beschränkt. Zudem gehöre Österreich „noch immer zu jenen Ländern, die sich dagegen sträuben, dass multinationale Konzerne öffentlich berichten müssen, wo sie tätig sind und wie viel Steuern sie dort bezahlen“, so Martina Neuwirth vom VIDC. Gut schneide Österreich bei der internationalen Zusammenarbeit ab, da man sich am Datenaustausch der Steuerbehörden beteilige.

Die EU hat nun nach dem Brexit die britischen Cayman Inseln zusammen mit Panama, den Seychellen und Palau auf die Schwarze Liste der Steueroasen gesetzt. Bisher hatte Großbritannien verhindert, dass seine Überseegebiete gelistet werden. (APA)



Die Cayman Inseln gelten als Steuerfluchtgebiet Nummer 1. Foto: iStock

Kein Abschiebestopp für Asylwerber in Pflegeschule

Ausnahmen wird es laut Kanzler Sebastian Kurz und Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck nicht geben. Sie verweisen auf geltende Asylgesetze.

Innsbruck – Im Kletterzentrum Innsbruck ging es gestern nicht um den Sport, sondern um die Lehre. Vielleicht sollten die Kletterwände eine gewisse Symbolik ausdrücken, wie schwer es doch die Lehrlinge in Österreich hatten, sich in den vergangenen Jahren einen Stellenwert zu erklettern. Die ÖVP-Granden, angeführt von Bundeskanzler Sebastian Kurz, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, Landeshauptmann Günther Platter, Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer und dem Tiroler Wirtschaftskammerchef Christoph Walsper, freuen sich jedoch über eine Trendwende.

Mit dem neuen Berufsausbildungsgesetz wolle man die Lehre aufwerten, den Wirtschaftsstandort Österreich absichern und damit dem Fachkräftemangel entgegenwirken, sagte Kurz. 34.000 Personen hätten heuer eine Lehre begonnen, „damit ist uns ein Umschwung gelungen“. Mahrer verwies stolz darauf, dass man 2020 bewusst zum Jahr der Lehre ausgerufen habe. „Mit Beginn meiner Amtszeit war es mir ein Anliegen,



Nahmen Franz Hörl (2. v. l.) nicht in die Zange, sondern freudig in die Mitte: Platter, Walsper und Kurz gratulierten dem wiedergewählten Obmann. Foto: WB

die Lehre in den Mittelpunkt zu rücken. Sie ist das Rückgrat der Fachkräfteausbildung“, ergänzte auch Walsper.

Insgesamt absolvieren derzeit 110.000 Personen in Österreich eine Lehre, Wirtschaftsministerin Schramböck geht es vor allem um eine Wertschätzung gegenüber den Auszubildenden. Aus ihrer Sicht ist deshalb eine zeitgemäße Sprache für mehr Wertschätzung und Anerkennung von Lehrlingen notwendig. „Wir sprechen jetzt von Lehrlingseinkommen und Beschäftigung und nicht mehr von Lehrlingsentschädigung oder Verwendung.“

Den zuletzt auch von AK-Präsident Erwin Zangerl, den

Tiroler Grünen und NGOs geforderten Abschiebestopp betreffend zwei Asylwerber mit negativem Bescheid, die aktuell eine Ausbildung zur Pflegeassistentin absolvieren, unterstützen Kurz und Schramböck hingegen nicht. Beide verweisen auf die geltende Gesetzeslage, Ausnahmen könne es nicht geben. Im Gegensatz dazu können Asylwerber in einem Lehrberuf ihre Lehre beenden. Schramböck legt den Schwerpunkt auf die Integration von 30.000 Asylberechtigten in den Arbeitsprozess. „10.000 von ihnen sind jünger als 25 Jahre. Sprachkenntnisse und Arbeit sind der Schlüssel für die Integration.“

Kein Verständnis hat jedoch der grüne Integrationssprecher LA Georg Kaltschmid für die „Ignoranz“, die Bundeskanzler Kurz hinsichtlich der von Abschiebung bedrohten Asylwerber an den Tag legt. „Statt bestens integrierte und arbeitsfreudige Menschen wie Rabiatu Yusufu und Mohammad Haroon abzuschicken, sollten wir ihnen vielmehr die Möglichkeit geben, ihr hier erlerntes Wissen auch nach ihrer Ausbildung für pflegebedürftige Menschen einzusetzen.“

Freuen durfte sich am Abend wiederum ÖVP-Wirtschaftskammerchef NR Franz Hörl. Er wurde als Obmann von 96,63 Prozent der 178 Delegierten wiedergewählt. Hörl streicht die positive Stimmung im Wirtschaftsverband hervor. Nicht nur wegen der guten Ergebnisse bei Wahlen, sondern „weil wir für die Tiroler Unternehmer prägend bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Land mitwirken“. (pn)



Im Internet: Weitere Informationen finden Sie auf www.tt.com

Familienbonus: Vorsicht beim Steuerausgleich



Die AK warnt vor Kinderbonus-Tücheln beim Steuerausgleich. Foto: dpa

Wien – Millionen Arbeitnehmer werden in den kommenden Wochen ihren Lohnsteuerausgleich machen. Die Arbeiterkammer mahnt dabei zur Vorsicht, denn durch den heuer erstmals über die „Arbeitnehmerveranlagung“ zu beantragenden Familienbonus sind einige Besonderheiten zu berücksichtigen.

Wer den Familienbonus bereits im vergangenen Jahr über die Gehaltsabrechnung vom Dienstgeber ausbezahlt

bekam, muss den Familienbonus trotzdem zwingend im Rahmen des Steuerausgleichs nochmals beantragen. Ansonsten drohe eine Rückzahlungsforderung des Finanzamts, warnt die AK. Zusätzlich seien selbst „routinierte“ Online-Veranlager heuer mit einer neuen Eingabemaske auf FinanzOnline konfrontiert, was erfahrungsgemäß zu weiteren Unsicherheiten beim Ausfüllen führen werde.

Die AK empfiehlt, den Steuerausgleich erst ab Anfang März zu machen. Die meisten Arbeitgeber übermitteln die dafür notwendigen Jahreslohnzettel nämlich erst Ende Februar an das Finanzamt. Davor sei bei der Veranlagung über FinanzOnline keine Vorbereitung und damit auch keine Kontrolle möglich, ob die Formulare richtig ausgefüllt wurden.

Zwar sei die Veranlagung theoretisch schon vorher

möglich, allerdings kann die zu erwartende Steuergutschrift ohne Vorliegen des Jahreslohnzettels nicht vorberechnet werden. Die Vorbereitung sei besonders vor dem Hintergrund des erstmals über die Arbeitnehmerveranlagung zu beantragenden Familienbonus heuer von besonderer Bedeutung. Dieser erweise sich nämlich als besonders kompliziert, vor allem dann, wenn es im Jahr 2019 zu Änderungen im

familiären oder beruflichen Umfeld gekommen ist. Haben sich Eltern etwa während des Jahres getrennt oder gehen eine neue Partnerschaft ein, liege ein so genannter „Besonderer Fall“ vor. Das dafür auszufüllende Formular (L1k-bF) „ist für Laien alles andere als leicht durchschaubar. Schon ein kleiner Fehler genügt, und man verliert einen Teil oder sogar den ganzen Anspruch auf den Familienbonus“, so die AK. (APA)